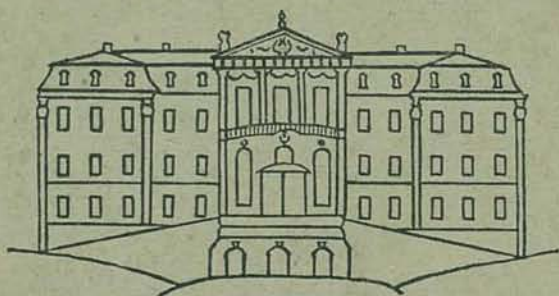


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

**Perspektive und Verantwortung junger Christen
im Sozialismus**



116

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Gätting

**Perspektive und Verantwortung junger Christen
im Sozialismus**

1964

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung
der Christlich-Demokratischen Union

Text der Vorlesung, die Gerald Götting, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär der CDU, am 29. April 1964 vor den Studenten der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena hielt

Vor kurzer Zeit ist ein erster Teil der Anlagen des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt an der Oder in Betrieb genommen worden. Das Werk, das einen der wichtigsten Grundbetriebe für den weiteren Aufbau der Petrochemie, des Hauptwirtschaftszweigs in der DDR, darstellt, ist ein Kind unserer Republik, eine Frucht der gesellschaftlichen und der technischen Revolution, die wir in den vergangenen Jahren durchgeführt haben und noch durchführen. Der Leiter dieses wichtigen Werkes ist ein 33jähriger Ingenieur. Er war vierzehn Jahre alt, als der Faschismus unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbrach. Er war 18 Jahre alt, als in Deutschland der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat gegründet wurde. Heute trägt er die Verantwortung für Werte, die – volkswirtschaftlich gesprochen – in die Millionen gehen.

Aber dieser Werkleiter ist nicht der einzige junge Ingenieur in Schwedt. An seiner Seite stehen weitere und noch jüngere. Jeder von ihnen verantwortet wertmäßig den Vermögenswert eines mittleren volkseigenen Betriebes. Ja, selbst an die sogenannten „einfachen Arbeiter“ werden in diesem Betrieb die höchsten Anforderungen gestellt. In einem Interview mit dem „Forum“ sagte der Werkleiter dazu: „Gute bis sehr gute Leistungen in Mathematik, Physik oder Chemie sind unabdingbare Voraussetzungen, sonst ist gar nichts zu machen. In spätestens drei Jahren wird es so sein, daß wir effektiv keinen beschäftigen können, der nicht die zehnklassige Oberschule absolviert und den Facharbeiterbrief erworben hat. Unsere Meß- und Regelungstechniker müssen ohnehin alle das Abitur haben. Das sind keine Wunschträume – das werden in absehbarer Zeit die Anforderungen in der gesamten Volkswirtschaft sein.“

Im Blick auf die Produktionsgruppenleiter, die Schichtingenieure und andere leitende Funktionen im Betrieb heißt es in diesem Interview: „Die Möglichkeit, sich durch irgendwelche Schriftstücke ‚nach oben‘ abzusichern, der Verantwortung auszuweichen, ist gestorben. Dieser Leiter hier braucht ein Höchstmaß an Sachkenntnis und Entscheidungsfreude. Wenn die Anlage laufen soll, hilft ihm nur sein eigener Kopf. Ich halte drei gute Eigenschaften für sehr wesentlich: zum

einen das Vermögen, seine Mitarbeiter richtig zu beurteilen, um ihnen dann die richtige Tätigkeit zuweisen zu können. Zum zweiten den Mut, hohe Anforderungen zu stellen, ohne den Menschen zu überfordern. Und zum dritten: ihn dadurch anspornen, indem man selbst unermüdlich an sich arbeitet.“

Wenn ich diese Hinweise auf Schwedt so ausführlich gehalten habe, dann deshalb, weil ein konkretes Beispiel uns am besten verdeutlichen kann, welche Aufgaben vor uns allen, welche Aufgaben besonders vor der Jugend in unserer Republik stehen. Schwedt steht für Tausende anderer Betriebe, die um den wissenschaftlich-technischen Höchststand ringen. Und nicht nur auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, sondern auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens: in Schule und Kultur, in der Landwirtschaft und bei den staatlichen Behörden, wachsen die Aufgaben und Anforderungen. Der umfassende Aufbau des Sozialismus stellt uns vor Aufgaben, die wir nur dann lösen können, wenn wir ständig an der Erhöhung unserer wissenschaftlichen Qualifikation und an der Vertiefung unseres gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins arbeiten.

Erst wer diese Perspektive erkennt, wird verstehen, warum der Entwurf eines Jugendgesetzes in unserer Zeit notwendig war. Es sind in erster Linie die heute jungen Menschen, die die großen wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Probleme der Zukunft zu bewältigen haben. Sie werden dazu nur imstande sein, wenn sie heute schon — so gut das möglich ist — auf die Aufgaben von morgen und übermorgen vorbereitet werden. Genau das aber ist der Sinn des neuen Jugendgesetzes: die Jugend auf diese großartige Perspektive vorbereiten zu helfen und ihr dabei die Unterstützung aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu sichern.

Zur Jugend unserer Republik gehören Jungen und Mädchen, die sich zum christlichen Glauben bekennen, ebenso wie die jungen Marxisten oder Jugendliche, die eine andere Weltanschauung vertreten. Junge Christen stehen Seite an Seite mit ihren marxistischen Kameraden vor denselben großen Aufgaben auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie haben dieselbe Perspektive: Bürger eines friedliebenden, von seinen Nachbarn geachteten deutschen Staates zu sein. Und Hunderttausende von ihnen haben sich in den vergangenen Jahren in der gleichen Weise bewährt wie ihre nichtchristlichen Kollegen. Sie haben fleißig gelernt, gut gearbeitet und vielfach vorbildliche Leistungen vollbracht.

Ich denke dabei etwa an Egon Handschke, einen jungen Christen, der Betriebsleiter des Braunkohlenwerkes „Heide“ im Kombinat „Schwarze Pumpe“ ist und der ähnlich wie sein Kollege vom Erdölverarbeitungswerk Schwedt mit Hilfe sozialistischer Arbeitsgemeinschaften um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes kämpft. Ich denke an die junge katholische Bibliothekarin Barbara Meinhardt in Neubrandenburg. Sie wählte sich diesen verantwortungsvollen Beruf, um unter Beweis zu stellen, daß auch eine Christin Kulturfunktionär in unserem Staat werden kann. Aus einem Wettbewerb der Bibliotheken in ihrem Kreis ging sie als Siegerin hervor. Ich denke an Dieter Kleinert, der als Blei-gießer in den VEB Akkumulatoren-Werke Annaberg-Buchholz vorbildlich arbeitet und zugleich als Mitglied des Büros der FDJ-Kreisleitung tätig ist.

Ich schließe die Reihe der Beispiele, die sich um Tausende vermehren ließen, ab mit der Studentin der Journalistik Edelgard Schulreich aus Leipzig. Auf einer Aussprache mit 200 jungen Christen aus allen Teilen unserer Republik, die der Hauptvorstand der CDU im Dezember 1963 in Weimar veranstaltete, sagte sie: „Das, was ich heute bin und was ich noch werden möchte, verdanke ich unserem Staat. Ich glaube, wir müssen uns darüber immer wieder einmal klarwerden; denn es erscheint uns schon selbstverständlich, daß wir heute studieren. In den Studienjahren sind mir vor allen Dingen die jungen Genossen der Sozialistischen Einheitspartei gute Freunde geworden. Ich höre mit ihnen gemeinsam die Vorlesungen, diskutiere im Seminar mit ihnen, wir fahren zu den Praktika. Wir sind in den vier Jahren ein gutes Kollektiv geworden, und der eine kann sich auf den anderen verlassen. Ich glaube, das muß so sein. Wir alle haben ein gemeinsames großes Ziel: das ist der Sozialismus. Das verbindet uns, und das ist das Unterpfand unserer Freundschaft.“

Alle diese Fragen gehen auch junge Theologen an. Sie werden weder Ingenieur in einem volkseigenen Betrieb noch Agronom in einer LPG, auch nicht Lehrer oder Kulturfunktionäre. Aber sie sind Bürger unseres Staates wie alle anderen. Und die Menschen, die einmal unter ihrer Kanzel sitzen werden, die einen seelsorgerlichen Rat von ihnen verlangen — das sind die Erbauer der sozialistischen Zukunft. Wie wollen junge Pastoren rechte Verkünder des Evangeliums sein, wenn sie nicht wissen, welche Gedanken und Fragen diese Menschen bewegen? Sie geraten in eine hoffnungslose Isolierung, wenn sie nicht bereit sind, die Gedanken mitzu-

denken, die ihre Altersgenossen in den anderen Fakultäten, auf den sozialistischen Großbaustellen und in der Landwirtschaft bewegen. Aber sie sollten nicht nur mitdenken, sie sollten auch nach Kräften – etwa durch Übernahme politischer Verantwortung – mithelfen, daß unsere Zukunft eine Zukunft der Brüderlichkeit und Menschlichkeit sein kann.

Der christliche Glaube ist seinem Wesen nach etwas Öffentliches. Er verdirbt, wenn er sich ins Ghetto zurückzieht. Diese Öffentlichkeit gewinnt er jedoch nicht dadurch, daß die Kirche einen Öffentlichkeitsanspruch formuliert, sondern allein dadurch, daß Christen an „den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend“ – wie Dietrich Bonhoeffer einmal geschrieben hat.

In den vergangenen Monaten haben Tausende von Ausspracheveranstaltungen zum Jugendgesetzentwurf stattgefunden. Der Kommission des Ministerrates zur Ausarbeitung des Jugendgesetzes sind – abgesehen von den Tausenden Zustimmungserklärungen – mehr als 5000 Vorschläge und Hinweise zugegangen. Auch zahlreiche christliche Staatsbürger und kirchliche Gremien haben den Gesetzentwurf begrüßt und durch Verbesserungsvorschläge sich bemüht, sein Grundanliegen „Der Jugend mehr Vertrauen und Verantwortung“ noch besser herauszuarbeiten.

„Mit Freuden stellen wir fest, daß die Präambel das Recht auf Bildung uneingeschränkt hervorhebt“, heißt es in einer Eingabe der Evangelischen Frauenhilfe der Kirchenprovinz Sachsen, „und daß nach den aufgeführten Grundsätzen sozialistischer Jugendpolitik selbständiges Denken, eigene Verantwortung, Sinn für Gemeinschaftsarbeit und eigenes Bemühen der Jugend um Ausbildung moralischer und charakterlicher Eigenschaften gefördert werden sollen.“

Pfarrer Wolfgang Caffler aus Weixdorf schrieb: „Die Jugend hat zu allen Zeiten ihre besonderen Probleme gehabt, die nur sie selbst zu bewältigen vermochte. Diese Probleme in unseren Tagen zu lösen, kann das Jugendgesetz den jungen Menschen unserer Republik nicht abnehmen. Aber es schafft für die Lösung ihrer Probleme Voraussetzungen, wie sie kaum je zuvor bestanden haben. Umfassende Bildung des Geistes und des Charakters, volle Teilnahme an der Leitung des Staates, des Wirtschafts- und Kulturlebens sollen unserer Jugend gesetzlich gesichert werden. Ich meine, das müßte für sie ein starker Ansporn sein, mit negativen Erscheinungen, wie sie sich hier und da in ihren Reihen finden, fertig zu werden und

sich der im Jugendgesetz aufgezeigten hohen Ziele würdig zu erweisen.“

„Wir jungen Menschen“, sagte der Assistent an der Theologischen Fakultät der Universität Rostock, Gert Wendelborn, „dürfen ein wunderbares Haus beziehen, denn wir dürfen einmal Hausherr des sozialistischen Deutschlands sein. Und was noch schöner ist: Wir dürfen selbst an diesem Haus mitbauen. Die jungen Sozialisten werden als Menschen beschrieben, die selbständig wissenschaftlich denken und schöpferisch arbeiten, dabei ehrlich, bescheiden und einsatzfreudig sind. Es gibt schlechthin keinen Grund, warum wir Christen nicht unter ihnen sein sollten. Es gibt aber viele Gründe dafür, und ich meine, daß diese Gründe bis in die tiefsten Gründe unseres Glaubens reichen.“

Hin und wieder wurde allerdings auch von Vertretern der Kirche die Meinung geäußert, mit diesem Gesetz werde der Versuch unternommen, die kirchliche Jugendarbeit zu behindern oder einzuschränken, das Gesetz richte sich gegen die christliche Jugend. Ich kann mir kaum ein tieferes Mißverständnis unseres Jugendgesetzes vorstellen als dies. Diejenigen, die ihm unterlegen sind, scheinen an der Vergangenheit orientiert und nicht imstande zu sein, die Zukunftsperspektive unserer Jugend zu verstehen. Es scheint ihnen um die Konservierung überholter Positionen zu gehen und nicht um eine Befreiung der Jugend für unsere Zukunft und um eine recht verstandene Hilfe zur Bewältigung dieser Zukunft. Daß der Jugendgesetzentwurf nicht wegen der Kirche ausgearbeitet wurde und nicht gegen die Kirche gerichtet ist, beweisen der Inhalt des Gesetzes wie auch solche eben zitierten Meinungen, die aus einer Fülle positiver Stellungnahmen aus christlichen Kreisen herausgegriffen wurden. Bevor ich jedoch näher darauf eingehe, lassen Sie mich einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

I.

Wenn früher die Jugend für bestimmte politische und gesellschaftliche Ziele gewonnen werden sollte, dann unterhielten sich die Erwachsenen darüber, wie das zu erreichen sei. Im Sinne des demagogischen Schlagwortes „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“ wurde die Jugend als Objekt behandelt. Allzuoft war die Zukunft, die man ihr versprochen hatte, eine Zukunft der Not, der Ausweglosigkeit und des Krieges. Das ist das Neue im sozialistischen Staat: daß in ihm nicht mehr über die Jugend, sondern mit der Jugend dis-

kutiert wird. Denn es geht um ihre Zukunft, um eine Zukunft, deren Gestalter die Jugend selbst sein soll.

Vor einem halben Jahr sprach ich mit einigen westdeutschen Pfarrern, die eine Besuchsreise durch unsere Republik gemacht hatten. Ich fragte nach ihren Eindrücken. Was in den Antworten der Geistlichen immer wieder zum Ausdruck kam, das waren die Feststellungen: Wir haben überall in den LPG und Betrieben, in den Schulen und Verwaltungen erstaunlich viele junge Menschen in verantwortlichen Positionen ange-troffen. Jawohl, die Deutsche Demokratische Republik ist nicht nur ein junger Staat; sie ist auch ein Staat der Jugend.

Zwischen Sozialismus, Zukunft und Jugend im weitesten Sinne bestehen enge Beziehungen. Wenn Stefan Zweig seiner Autobiographie den Titel gegeben hat „Die Welt von gestern“, dann wollte er damit auch auf diesen Tatbestand hinweisen. An einigen Beispielen zeigt er, wie schwer, wenn nicht unmöglich es für junge Menschen um die Jahrhundertwende war, im öffentlichen Leben Vertrauen und Verantwortung zu er-ringen. „Ein Mann von dreißig Jahren“, schrieb der Dichter, „wurde noch nicht für eine verantwortliche Stelle als reif er-achtet. Als einmal ein erstaunlicher Ausnahmefall sich ereig-nete und Gustav Mahler mit 38 Jahren zum Direktor der Hof-Oper ernannt wurde, ging ein erschrecktes Raunen und Stau-nen durch ganz Wien, daß man einem ‚so jungen Menschen‘ das erste Kunstinstitut anvertraut hatte ... Jugend wurde zur Hemmung in jeder Karriere und nur Alter zum Vorzug.“

In Westdeutschland haben sich die Verhältnisse bis heute nicht grundsätzlich geändert. In den letzten Monaten führen einige westdeutsche Blätter bewegte Klage über ein „über-dehntes Studium“, auf Grund dessen die jungen Chemiker erst mit 31 Jahren, die Philologen und Juristen mit 30½ Jahren und die Gewerbelehrer frühestens mit 27 Jahren berufsreif sind. Daß sie sich dann zunächst mit einer bescheidenen Stelle begnügen müssen und erst im vorgerückten Alter Aufstiegs-möglichkeiten haben, hängt mit der Struktur der Gesell-schaftsordnung in Westdeutschland ursächlich zusammen.

Die Mißachtung und Zurücksetzung der Jugend (zugunsten des Militärs und der Aufrüstung) beginnt im Bonner Staat bereits in der Schule. Der bekannte evangelische Pädagoge Georg Picht veröffentlichte kürzlich eine Artikelserie unter der Überschrift „Die deutsche Bildungskatastrophe“. Darin kommt er zu der Feststellung, „daß das Schulwesen der Bundesrepublik vom Zusammenbruch bedroht ist, weil in

wenigen Jahren für die schulpflichtigen Kinder weder Lehrer noch Klassenräume zur Verfügung stehen werden“. Er be-zeichnet diesen Tatbestand als „das Fiasko der Kulturpolitik der letzten fünfzehn Jahre“. Warum dieses Fiasko gerade in der gegenwärtigen Situation sichtbar werde, gesteht Picht mit den Worten ein: es war „bisher dadurch verdeckt, daß die Bundesrepublik vor dem Bau der Mauer ihren Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften in großem Umfang durch Flüchtlinge ausgleichen konnte“. Da dies heute nicht mehr möglich sei, stehe man harten Realitäten gegenüber, die dazu nötigen würden, die vakanten Stellen von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern oder Ärzten durch ausländische Kräfte zu besetzen. Diese Möglichkeit werde heute von Sachkennern in aller Nüchternheit diskutiert.

Diese Analyse eines westdeutschen Pädagogen macht we-sentliche Charakterzüge des imperialistischen Systems auf einem Teilgebiet des gesellschaftlichen Lebens offenbar: es zeigt sein Schmarotzertum, das auf Kosten anderer lebt, seine nationale Würdelosigkeit und seine Jugend- und Bildungs-feindlichkeit.

Der bekannte Publizist Robert Jungk hat einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz, in dem er sich über die gesellschaft-lichen Verhältnisse in der Bundesrepublik äußert, den be-zeichnenden Titel „Unbewältigte Zukunft“ gegeben. Er be-ginnt seine Ausführungen mit der Feststellung: „Daß wir, die Generation des Zeitalters der großen und schnellen Verände-rungen, uns weniger an der Vergangenheit als an der Zukunft orientieren sollten, ist eine Forderung, die sich nur sehr lang-sam gegen alte Denkgewohnheiten durchsetzt.“ Indem er solcherart die „Zukunftsblindheit“ der kapitalistischen Gesell-schaft beklagt, fährt er fort: „Wären wir nun in den nicht-kommunistischen Ländern wirklich frei, so könnten wir ver-suchen, auf die neuen Fragen, die der stürmische wissenschaft-lich-technische Wandlungsprozeß der Gesellschaft aufgibt, die jeweils richtigen Antworten zu finden. In Wahrheit aber sind wir an veraltete wissenschaftliche und soziale Strukturen gebunden, die eine echte Vorbereitung oder gar Bewältigung der Zukunftsaufgaben hemmen und in vielen Fällen fast un-möglich machen.“

Es ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die – im wahr-sten Sinne des Wortes – offen für die Zukunft ist, die von dem Bewußtsein getragen ist, daß die Entscheidungen über das Leben und die Welt im Jahre 2000 heute von uns gefällt werden müssen, während die kapitalistische Gesellschaft im

krampfhaften Festhalten am Überlebten bereit ist, die Zukunft, und das heißt: die Jugend, zu opfern.

Der holländische Theologe Professor Dr. Albert Rasker, der sich seit Jahren mit den Problemen der politischen Ethik des Christen beschäftigt und der durch seine führende Mitarbeit in der Prager Christlichen Friedenskonferenz auch praktisch politische Verantwortung wahrnimmt, hat rechte Politik gleichsam als Gestaltung der Zukunft beschrieben. Er sagt: „Politik ist, verantwortlich geschichtsbildend tätig zu sein. Denn es handelt sich in ihr darum, daß wir, kommend aus der vergangenen Geschichte, kommende Geschichte vorbereiten, und zwar so, daß wir uns bewußt sind, was wir tun und in welche Richtung wir uns bewegen. Es darf sich nicht darum handeln, die Zukunft möglichst nach dem Bilde der Vergangenheit zu gestalten, das Kommende zu einer Verlängerung des Gewesenen zu machen, sondern vielmehr sollen wir auf der Schwelle des Heutigen uns ausrichten auf ein Neues, Besseres, nur von denjenigen, die eine Vision haben, Geschautes und von denjenigen, die Mut haben, Gewagtes. Nicht soll der Spruch der ewig Heutigen mehr gelten: ‚Wer die Jugend hat, hat die Zukunft‘, sondern: ‚Wir im Heute sind dafür verantwortlich, daß die Jugend ihre eigene Zukunft haben wird.‘ Eine Politik, welche nur im Balancieren zwischen den Mächten besteht, ist nicht auf Zukunft, sondern auf Heute, nicht auf Bewegung, sondern auf Stillstand angelegt. Sie orientiert sich nach kurzfristigen Interessen, sie macht sich von einer Zukunft, welche wirklich auf uns zukommt, nur Angstvorstellungen, sie will darum ‚keine Experimente‘. Sie will nicht verantwortlich sein für das, was kommt, nicht dem Neuen Rede und Antwort stehen, sondern nur Rücksprache halten mit dem, was war – und sie weiß nicht, daß sie damit das wahrhaft Kommende aufs Spiel setzt. Sie hat eine typisch reagierende Haltung.“

Daß es aller sozialistischen Politik um die friedliche Zukunft der Jugend geht – das wird besonders daran deutlich, daß diese Politik zuerst immer eine Politik zur Erhaltung des Friedens ist. Ich brauche hier nur zu erinnern an das Moskauer Atomteststopp-Abkommen, das auf Initiative der Regierung der UdSSR zustande kam, an den Vorschlag zum Abschluß eines globalen Vertrages über Gewaltverzicht bei Grenzstreitigkeiten, den der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow am Jahresende unterbreitete, oder an den Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den westdeutschen Kanzler Erhard, in dem ein Vertrag

über den feierlichen Verzicht auf Herstellung, Lagerung und Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen wird. Es charakterisiert den entschlossenen Friedenswillen unserer Regierung, wenn dabei die Bereitschaft erklärt wird, die Frage der Anerkennung der DDR auf Wunsch ausdrücklich aus dem Vertrag auszuklammern.

Solche Friedenspolitik ist im tiefsten Politik für die Jugend. Der französische Theologe Professor Dr. Georges Casalis hat in einem im vorigen Jahr in Prag gehaltenen Vortrag über die „Versöhnung in Christus als Basis für unser Miteinander- und Füreinanderdasein“ mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Welt von morgen uns vor Probleme stellt, die unlösbar werden, wenn wir sie nicht heute lösen: „Wenn wir in den nächsten 25 Jahren nicht die Hauptprobleme der Welt von morgen gelöst haben, kommt die Menschheit um 1990 herum in einen Zustand der Unterentwicklung, der Unterernährung und der Verarmung, aus dem sie nicht mehr herauszuholen ist. Damit aber die entscheidenden Probleme der Industrie, der Landwirtschaft, des Wohnbaues und des Schulwesens, die für morgen eine entscheidende Relevanz haben, gelöst werden können, müssen die jetzigen Aufrüstungs-Budgets sofort auf ein Minimum reduziert werden und damit die gewonnenen Kredite zu friedlichen Zwecken verwendet werden.“

Angesichts dieser Tatsache erweist sich die Verzögerungstaktik, die die Vertreter der Westmächte bei den Abrüstungsverhandlungen an den Tag legen, als im höchsten Maße verantwortungslos gegenüber der Zukunft der Menschheit und damit gegenüber der Jugend. Angesichts dieser Tatsache, auf die Wissenschaftler aller Länder immer wieder mit Nachdruck den Finger legen, erweist sich die konsequente Friedenspolitik des sozialistischen Weltlagers als die einzig vernünftige und verantwortliche Politik gerade auch im Sinne der Jugend nicht nur unseres Staates, sondern aller Nationen.

Der Staat, in dem heute die Perspektive der Jugend trotz allen äußeren Glanzes am tiefsten bedroht ist, ist die westdeutsche Bundesrepublik. Die von Ultrareaktionären getragene Regierung in Bonn hat wie keine andere die Entspannungsbemühungen der letzten Jahre gestört. Mit der Weigerung, die Ergebnisse des II. Weltkrieges anzuerkennen, mit dem ständig wiederholten Nein zu Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik betreibt diese Regierung eine Politik, die die Kriegsgefahr in Europa nicht vermindert. Der aggressive und friedensfeindliche Charakter dieser Po-

litik wird besonders daran sichtbar, daß die Bundesrepublik der einzige Staat in Europa ist, der territoriale Ansprüche stellt, der die derzeitigen Grenzen revidieren will. Jedermann weiß, daß eine solche Grenzrevision nicht auf friedlichem Wege zu erreichen wäre und ihre Propagierung mithin auf den Krieg hinarbeitet.

Daß die Regierung Erhard in dieser Beziehung der Regierung Adenauer in nichts nachsteht, hat nicht nur die Unterstützung gezeigt, die Erhard kürzlich den revanchistischen Forderungen der „Landsmannschaften“ zuteil werden ließ. Das ist besonders deutlich geworden an der Ablehnung des großzügigen Angebots zum Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf Atomwaffen, das der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu Anfang des Jahres dem westdeutschen Kanzler unterbreitete. Das wird jetzt abermals sichtbar in den Bonner Störaktionen gegen die Passierscheinverhandlungen in Berlin und zeigt sich in der Gier nach dem Besitz von Atomwaffen.

Es war eines der Hauptanliegen der in Westdeutschland wiedererstandenen und -erstarkten Kräfte des deutschen Imperialismus, die westdeutsche Jugend für ihre friedensfeindlichen Pläne zu gewinnen. Sie entwickelten zu diesem Zwecke ein ganzes System zur Vergiftung von Teilen der Jugend mit dem Ungeist des Militarismus, Revanchismus und Antikommunismus. Dabei knüpften sie bruchlos an Methoden des Faschismus an, was offenbar schon deswegen relativ leicht war, weil spätestens seit dem Anfang der fünfziger Jahre der größte Teil derjenigen in Schulen, Universitäten und Jugendorganisationen wieder zu Amt und Würden kam, die sich bereits unter Hitler in solcher Verführung der Jugend bewährt hatten.

Herr Dr. Heinz-Peter Seraphim etwa war unter Hitler Leiter des Referats „Geschichte der Judenfrage“ der NSDAP. Er war Hauptschriftleiter der antisemitischen Zeitschrift „Der Weltkampf“ und Fachberater für jüdische Fragen bei der Rüstungsinspektion in der Ukraine. Am Osteuropa-Institut der Universität Königsberg war er Stellvertreter Oberländers, mit dem er heute noch eng befreundet ist. Heute ist Dr. Seraphim Studienleiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Bochum und Lehrbeauftragter für Osteuropäische Wirtschaft an der Universität München.

Im Jahre 1935 schrieb Prof. Dr. Pascual Jordan: „Der Krieg ist das vornehmste Mittel zur Schaffung objektiver historischer

Tatbestände.“ Im Jahre 1956 propagierte der inzwischen zu einem prominenten Mitglied der westdeutschen CDU avancierte Physiker den Atomkrieg. Er tat das mit dem Hinweis darauf, daß „die Menschheit bald darauf eingerichtet sein wird, ohne Schwierigkeit und Unbequemlichkeiten einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist“. Die einzig mögliche Stadtform der Zukunft ist nach Jordans Meinung ohnehin die unterirdische Stadt.

Prof. Dr. Konrad Meyer ist heute Inhaber eines Lehrstuhls für Landbau und Landesplanung an der Technischen Hochschule Hannover. Unter Hitler war dieser Mann Direktor des Instituts für Ackerbau und Landbau an der Berliner Universität. Als SS-Standartenführer war er gleichzeitig „wissenschaftlicher Berater“ Himmlers. Als solcher arbeitete er 1942 die endgültige Fassung des berüchtigten „Generalplanes Ost“ zur Aussiedlung und Ausrottung von 50 Millionen Polen, Russen und Juden in Osteuropa aus. In diesem Dokument heißt es: „Wir müssen in den betreffenden Gebieten eine bewußt negative Bevölkerungspolitik treiben. Man sollte die Einrichtung von Abtreibungsinstituten fördern. Die freiwillige Sterilisierung ist gleichfalls zu propagieren. Die Säuglingssterblichkeit darf nicht bekämpft werden. Auch Aufklärung der Mütter über Säuglingsfürsorge und Kinderkrankheiten darf nicht erfolgen.“ — Was lehrt wohl dieser intellektuelle Massenmörder und Himmlerberater heute seine Studenten in Hannover?

Diese Beispiele ließen sich leider ohne Mühe in unvorstellbarer Weise vermehren. Aber nicht nur an den Hochschulen und Universitäten mit ihren „Ostforschungs“-Instituten, auch in den Jugendgruppen der Landsmannschaften und nicht zuletzt mit Hilfe der der psychologischen Kriegsführung gegen den Sozialismus dienenden Militärseelsorge werden Jungen und Mädchen im Haß auf den Sozialismus und zur Geringschätzung der humanistischen und fortschrittlichen Traditionen unseres Volkes erzogen. Auf diese Weise versucht man, die westdeutsche Jugend zum Kampf für die Ziele der Revanchisten und Militaristen bereit zu machen.

In der Zeitschrift „Fahne und Zelt“, einem Organ der revanchistischen „Deutschen Jugend des Ostens“, heißt es im Heft 3/1959: „Wir haben uns selbst ein Gesetz gegeben und an eine große Aufgabe gewagt, wir wollen unseren Teil zur Zurückgewinnung der geraubten ostdeutschen Gebiete beitragen.“

Gegenwärtig erscheinen in Westdeutschland zwölf Heftreihen mit Kriegsgeschichten in einer Jahresgesamtauflage von 20 Millionen. Ihr Thema ist die Verherrlichung des Krieges und die Darstellung des sozialistischen Menschen als eines „Untermenschen“, dessen Liquidierung notwendig und ehrenvoll ist.

Was auf diese Weise Jahr für Jahr an der westdeutschen Jugend getan wird, ist schon lange nicht mehr mit dem Begriff „Verantwortungslosigkeit“ zu charakterisieren. Was sich hier vollzieht, ist ein verwerflicher Mißbrauch der Jugend, wie er in der Geschichte seinesgleichen sucht. Was Christen daran immer wieder so betroffen macht, ist die Tatsache, daß — von einer Anzahl Ausnahmen abgesehen — die offizielle Kirche im Westen als ganzes zu diesem Mißbrauch schweigt, ja daß sie ihn — etwa durch die Einführung der Militärseelsorge — nicht nur toleriert, sondern sogar fördert. Die „Stimme der Gemeinde“ veröffentlichte kürzlich den Brief eines Laienchristen, der Mitglied der Bekennenden Kirche war und der Ende vorigen Jahres seinen Austritt aus der Kirche erklärte. Er tat das nicht, weil er aufgehört hatte, Christ zu sein, sondern weil er die Erfahrung machen mußte, daß es innerhalb der offiziellen, an den Bonner Staat und seine Politik gebundenen Kirche in Westdeutschland immer schwerer wird, Christ zu bleiben. Im Zentrum seines Briefes, mit dem er den Austritt aus dieser Kirche begründet, steht der Satz: „Wie will die Kirche da noch glaubwürdig bleiben, wenn sie den nächsten Krieg durch Militärbischof Kunst und seine Geistlichen psychologisch vorbereiten hilft?“

So feiert im Bonner Staat der alte demagogische Satz „Dulce et decorum est pro patria mori“ (Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben) in einer geradezu schauerlichen Weise seine Auferstehung. Im Zeichen dieses Satzes wurden Generationen junger Deutscher für den Krieg, für ein sinnloses Sterben erzogen. Im Zeichen dieses Satzes wurden sie zu Unterdrückern anderer Völker ausgebildet.

Dieser Vergangenheit hat unsere Republik endgültig den Abschied gegeben. In unserem Staat erfüllt sich der Sinn des Lebens nicht darin, für das Vaterland zu sterben, sondern für das neue, das sozialistische Vaterland, für das Glück seiner Menschen zu arbeiten und zu leben. Auch der sozialistische Staat weiß seine Errungenschaften zu verteidigen, er muß — solange ihn Feinde bedrohen — stark und wachsam sein. Aber gerade seine Kraft und Stärke ist heute ein Unterpfand für die Möglichkeit, Kriege zu verhindern. Noch nie-

mals sind in Deutschland einer jungen Generation so saubere, so menschliche, so gute Ziele gestellt worden wie der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik.

II.

In den letzten 200 Jahren gehörten diejenigen Romane und Theaterstücke in der deutschen Literatur zu den wirkungsvollsten, in denen das Verhältnis der Generationen, die Auseinandersetzung zwischen alt und jung gestaltet wurden. Es führt eine direkte Linie von den Dichtern des Sturm und Drangs über Stücke wie Hasenclevers „Sohn“ und Arnolt Bronnens „Vatermord“ bis zu Christian Geißlers „Anfrage“. Natürlich spiegeln diese literarischen Werke nur eine Wirklichkeit wider, die offensichtlich für viele der darin Lebenden zum Problem wurde. Betrachtet man jedoch dieses Problem genauer, so wird man bald gewahr werden, daß es dabei nicht um einen gleichsam naturgegebenen biologischen Unterschied der Generationen geht, sondern um einen gesellschaftlichen Gegensatz, der dahinter sichtbar wird.

In der Jugend aller Zeiten lebt die Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der sich all das Gute und Schöne, das im Menschen angelegt ist, entfalten kann; lebt die Sehnsucht nach einem glücklichen, keineswegs spannungslosen, sondern kämpferischen und erfüllten Leben. Dieser hochfliegenden, schöpferischen Sehnsucht stand eine Klassengesellschaft gegenüber, in der der Mensch — als Ausgebeuteter ebenso sehr wie als Ausbeuter — seinem Menschsein entfremdet war, in der er in Not und Elend leben oder sich mit einer verlogenen, verkrampten Konvention abfinden mußte. Die Jugend war zu meist ein einziger Protest gegen das Elend auf der einen und die Lüge auf der anderen Seite. Das war und ist der Inhalt des Generationsproblems in der kapitalistischen Welt.

Die Jugendbewegung der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts war ein solches Aufbegehren gegen die Welt der Erwachsenen. Man schloß sich zu Bündeln zusammen, von denen der 1901 von dem Primaner Karl Fischer gegründete „Wandervogel“ der berühmteste war. Man entfloh der verlogenen Welt der Erwachsenen, um in der Natur bei Volkslied und Volkstanz so Mensch sein zu können, wie man es erträumte.

In einer Zeitschrift der Jugendbewegung aus dem Jahre 1919 heißt es: „Kameraden! Wir sind einig im Haß der Einrichtungen dieses Lebens und dieser Zeit. Wir fragen uns:

Wer ist schuld an diesem Leben, diesen Einrichtungen, dieser Kultur? Wer hat diese Staaten, diese Schulen, diese Kirchen, diese Politik, diese Presse und vieles andere auf dem Gewissen? Die Erwachsenen!“

Freilich, diese Art des Protestes gegen die „Erwachsenen“, der das gesellschaftliche System meinte, blieb wesentlich auf die bürgerliche Jugend beschränkt. In den Arbeiterfamilien schloß die gemeinsame soziale Situation und der gemeinsame Kampf gegen die gesellschaftlichen Wurzeln solcher Not die Generationen zusammen. Die proletarischen Jugendorganisationen blieben immer ein Teil der Arbeiterbewegung. Sie verselbständigten sich ihr gegenüber nicht.

Hinter dem Nein der bürgerlichen Jugendbewegung zur Welt der Erwachsenen und damit zur bürgerlichen Welt schlechthin stand kein positives Leitbild. Ihr Protest blieb emotional. Denn natürlich waren nicht „die Erwachsenen“ schuld an der Unordnung und Widersprüchlichkeit ihrer Welt, sondern die Besitz- und Machtverhältnisse. Weil aber das Aufbegehren dieser Jugendbewegung weithin im Gefühlsmäßigen steckenblieb, wurden die meisten ihrer Anhänger ein Opfer der nationalistischen und schließlich faschistischen Demagogie.

Ganz anders die Arbeiterjugend! Sie wußte, wo der Feind stand. Kein Wunder, daß viele von ihnen an der Seite von Ernst Thälmann und Walter Ulbricht kämpften und viele in die Konzentrationslager kamen.

War das Generationsproblem typisch für die bürgerliche Jugend in der Klassengesellschaft, so liegt es auf der Hand, daß dieses Problem in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überwunden ist. Die Frage, an der sich die Jugend entzündet, ist die Frage nach der Zukunft. Dort, wo sie keine echte Perspektive hat, in der bürgerlich-kapitalistischen Welt, wird sie gegen diese Welt ihren Traum von einer besseren, menschenwürdigeren Welt träumen müssen. Wo dagegen eine ganze Gesellschaft nach der Zukunft hin offen ist, da kann kein prinzipieller Gegensatz zwischen der Jugend und den Erwachsenen entstehen; da brauchen Jugendliche nicht gegen die „Welt der Erwachsenen“ zu träumen, sondern können diese Welt mitgestalten und schöpferisch über sie hinaus-träumen. Denn in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat sind die Generationen verbunden durch das gemeinsame Interesse an der Gestaltung einer friedvollen, glücklichen Zukunft, an der ständigen Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das bedeutet nicht, daß es nicht Meinungsverschiedenheiten zwischen alt und jung geben könnte; daß die Ju-

gend nicht manches anders und kühner anpacken wird als ihre Väter. Aber solche Spannungen können nur fruchtbar sein im Interesse der gemeinsamen Sache.

In einer anderen Form wiederholt sich der alte Generationsgegensatz heute in der westlichen Welt und vor allem in Westdeutschland. Einen wesentlichen Aspekt des Generationsproblems in Westdeutschland hat der junge christliche Schriftsteller Christian Geißler in seinem Roman „Anfrage“ gestaltet. In diesem Roman fragen junge Bürger des westdeutschen Staates ihre Väter, was sie in den Jahren des Faschismus getan haben, und ertappen sie bei dem Versuch, ihre Schuld in der Vergangenheit zu leugnen. Freilich ist es nur ein Teil der westdeutschen Jugend, der so fragt. Ein anderer Teil hat sich als sehr anfällig erwiesen gegenüber den Parolen des Revanchismus und eines neuen Landsknechtstums.

Wir sollten die Tiefe der Problematik nicht unterschätzen, die für die jungen Menschen in Westdeutschland damit gegeben ist, daß sie in einem Staat leben, in dem wesentliche Positionen in Staat, Justiz, Militär und Wirtschaft von ehemaligen Nazis und ihren Helfern besetzt sind. Auf diese Weise überschattet im Bonner Staat die „unbewältigte Vergangenheit“ die Gegenwart in einem Umfang, der für die Entwicklung der Jugend demoralisierend wirken muß. Wir machen es uns häufig gar nicht recht deutlich, was für ein Glück es ist, daß an der Spitze unseres Staates Menschen stehen, die zeit ihres Lebens für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt gekämpft haben.

Kein Wunder, daß man die westdeutsche Jugend der Gegenwart als eine „skeptische Generation“ (nach den Worten des Hamburger Soziologen Schelsky) bezeichnet hat. „Es ist eine einsame und skeptische Generation“, schreibt ein Publizist über die westdeutsche Jugend, „ohne klar ausgeprägtes Gesicht. Es sind Kinder ohne Hoffnung, ohne Zukunft und ohne Wurzel.“ Die chronische Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft verführt einen Teil der Jugendlichen zu Nihilismus und Zynismus. Sie sehen nur die Erwachsenen, die sich opportunistisch anpassen, die um materieller Vorteile willen moralische Sauberkeit und politische Überzeugungstreue über Bord werfen. Keiner weist ihnen den Weg.

Die Zeitung „Junge Stimme“ druckte am 9. Juni 1956 den Brief eines 17jährigen Lesers ab; in ihm heißt es: „Herzlich möchte ich darum bitten, daß ich die Gelegenheit bekomme, den Erwachsenen einmal die Meinung zu sagen. Die Erwach-

senen allein sind daran schuld, wenn wir Jugendliche kein wahres Ideal mehr kennen. In unserer modernen Zeit, wo das Profitstreben der Erwachsenen größer ist denn je, braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch wir Jugendlichen den Sinn des Lebens einzig im Besitz vielen Geldes sehen. Erwachsene, gebt uns Ideale!“ – Das ist nicht mehr das pathetische Aufbegehren der Jugendbewegung von vor 40 Jahren. Aber in ihrer Sachlichkeit ist diese Aussage womöglich noch viel erschütternder. Vielleicht ist das der stärkste Vorwurf, den man dem kapitalistischen System machen muß: daß es junge Menschen derart innerlich verdirbt und zu Zynikern und Nihilisten macht.

Die amerikanischen Statistiken weisen in den letzten Jahren ein beängstigendes Anwachsen der Jugendkriminalität auf. Aber das ist nur ein Symptom für eine Entwicklung, in die viel breitere Kreise einbezogen sind. Die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ veröffentlichte kürzlich unter dem Titel „Die korrupte Gesellschaft“ Studien des Publizisten Fred J. Cook über die Situation in den USA. Der Autor weist darin nach, daß die Profitmoral, die die amerikanische Geschäftswelt beherrscht, immer mehr auf andere Gesellschaftskreise übergreift. Er schreibt: „Man kann dem Durchschnittsamerikaner die gute Auffassungsgabe nicht absprechen. Ob nun bewußt oder unbewußt – er empfindet, daß er in einer Welt von dunklen Machenschaften und Gaunereien lebt. Ihm ist bekannt, daß sich die ‚Elite‘ der Gesellschaft auf Kosten von Uncle Sam Jagdhäuser und Yachten hält. Und der Durchschnittsamerikaner nimmt sich die Vertreter der Spitzen der Gesellschaft zum Vorbild. Er ist davon überzeugt, daß man mit Sparsamkeit, Ehrlichkeit und fleißiger Arbeit nicht an Reichtümer kommt. Um viel Geld zu verdienen, muß man sittlich verdorben sein. Auf diese Weise hat sich unsere Gesellschaft tragisch in eine Gesellschaft von durchtriebenen Menschen und Gaunern verwandelt. Viele von uns sind bereit, nicht nur andere, sondern auch sich selbst zu betrügen. Denn wen, wenn nicht uns selbst, betrügen wir, wenn wir uns ein Diplom über den Abschluß einer Schule, über die erfolgreiche Absolvierung eines Examens an einem College kaufen?“

Fred J. Cook fährt fort: „Bei einer Umfrage wurden über 1000 Schüler neunter Klassen gefragt, ob sie solche Gelegenheiten nützen würden. 41 Prozent der Befragten gaben zu, sie nicht außer acht zu lassen. Ein Schüler wiederholte mit seiner Antwort praktisch die Ansicht von James Hagerty, Pressechef des Weißen Hauses unter Eisenhower, die dieser anlässlich des

„U-2“-Zwischenfalls äußerte: ‚Wenn sich eine Gelegenheit bietet, greif zu!‘ Die Profitmoral – das ist die einzige Moral nicht nur in der Welt der Monopole, sondern im ganzen Leben des Landes, das nach den Gesetzen dieser Monopole lebt.“

Dieses Selbstzeugnis eines Amerikaners macht besser als alles andere die moralische Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus sichtbar. Bei uns wird die Jugend nicht nach der Devise: „Laß dich nicht erwischen!“, bei uns wird sie zu verantwortlichem Denken und Handeln erzogen. Gerade für den Christen dürfte es im Blick auf diesen Tatbestand nicht schwer sein, sich für das sozialistische Gesellschaftssystem zu entscheiden. Bei aller unterschiedlichen Motivierung gibt es zwischen christlicher und sozialistischer Moral in der praktischen Bewährung Berührungspunkte, ja eine weitgehende Übereinstimmung zwischen einem Handeln, das von der marxistischen Weltanschauung her bestimmt ist, und einer Haltung, die im christlichen Glauben gründet. Es ist jedenfalls gar keine Frage, daß die christliche Ethik der sozialistischen Moral tausendmal näher steht als der Profitmoral des Kapitalismus.

III.

In den letzten Jahrzehnten war das Verhältnis der jungen christlichen Generation zu ihrer Kirche zumeist ein kritisches. Professor Dr. Stählin hat in einem interessanten Aufsatz über „Evangelische Kirche und Jugendbewegung“ festgestellt, daß bereits in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die „bewußt evangelische Jugend in starker und bewußter Opposition gegen eine träge und unlebendig gewordene kirchliche Organisation“ stand. Er macht dabei gleichzeitig deutlich, daß diese Kritik nicht einer prinzipiellen Absage an die Kirche gleichkam, sondern daß sie aus der Liebe zur Kirche geboren wurde, die man weniger dem Alten verhaftet und mehr dem Morgen zugewandt sehen wollte.

Es ist bezeichnend, daß bestimmte evangelische Kreise der Jugendbewegung nach der Jahrhundertwende Gedanken von Blumhardt aufgriffen, der mit seiner Theologie eine Orientierung nach vorn, auf das Neue, das Kommende und den Kommanden gegeben hatte. Offensichtlich ist die heutige Situation nicht grundsätzlich anders. Vor ein paar Jahren versuchte Pfarrer Ernst Lange aus Gelnhausen, im Rahmen einer Vortragsreihe des Süddeutschen Rundfunks die Frage zu beantworten: „Was erwartet die Jugend von der Kirche?“ Er zitiert

dabei zunächst aus einer Erklärung des Pinneberger evangelischen Jugendkonvents, in der es heißt: „Der Gesamtkomplex Kirche ist im allgemeinen für die Jugend von keiner wesentlichen inneren Bedeutung ... Der junge Mensch steht den Äußerungen der Kirche, der Form der Verkündigung und den Lebensformen der Menschen in der Kirche völlig fassungslos gegenüber und empfindet sie als süßlich und unzeitgemäß.“

Pfarrer Lange fügt dem kommentierend hinzu: „Man wird diese Feststellung sogar noch verschärfen und sagen müssen: Von der Kirche erwartet der junge Mensch gar nichts, weil sie als Kirche, als lebendige Gemeinschaft des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung, als Leib Christi für ihn überhaupt nicht faßbar wird.“

Was steckt eigentlich hinter diesem Unbehagen junger westdeutscher Christen gegenüber ihrer Kirche? Vielleicht ist es das, worauf Professor Dr. Helmut Gollwitzer kürzlich hinwies. Aus Anlaß des 50. Jahrestages eines großen Treffens der Jugendbewegung im Herbst 1913 auf dem Hohen Meißner hielt der Westberliner Theologe – selbst ein Mitglied der damaligen Jugendbewegung – eine Gedenkrede, in der er sich kritisch mit dem Erbe der Jugendbewegung auseinandersetzte. Dabei machte er auch einige Bemerkungen zur kirchlichen Situation in der Bundesrepublik. „Die Kirchen“, so sagte er, „stehen heute äußerlich hoch im Kurs, und sogar bei diesem Meißner-Fest finden Gottesdienste statt, woran vor 50 Jahren bezeichnenderweise niemand gedacht hat. Wo die Kirchen so ins Ansehen kommen, da muß man – das sage ich als einer, der mit allen Fasern seines Lebens in der christlichen Kirche lebt – um die Freiheit wie ums Christentum besorgt sein.“

Den jungen Christen in der Jugendbewegung vor 50 Jahren sei es um eine echte innere Erneuerung der Kirche gegangen, für ihre äußere Macht hätten sie nichts übriggehabt, sagte der bekannte Theologe. Und er fuhr dann fort: „Heute stehen die Kirchen mitten im großen gegenseitigen Geschäft: Regierung, Parteien, Bürokratie, Kapital, Militär und Kirche – alle diese Hände waschen sich gegenseitig und spielen sich die Profite zu – genau wie damals 1913. Was dabei aus dem Christentum wird, lehrt jeder Blick hinter die Fassade. Darum sei euch Jungen gesagt, soweit ihr euch zur christlichen Kirche haltet: Verlangt das Christsein von euch selbst und nicht von den anderen! Seid die Unruhe in euren Kirchen! Seid jedem Zwang in Glaubenssachen feind, und beweist, daß Glauben und Freiheit zusammengehören und nicht gegeneinander stehen!“

Es ist, wie Gollwitzer richtig sagt, das Bündnis von Bonn

und Altar, das die Kirchen in Westdeutschland zu Faktoren der politischen Restauration macht, in denen die Jugend sich nicht zu Hause fühlen kann. Weil die Kirche in der DDR in einer neuen Gesellschaft lebt, deswegen ist es für sie sehr viel leichter, zu einer gesellschaftlichen und – damit verbunden – zu einer geistlichen Neuorientierung zu kommen. Auf diese Weise ist auch dem jungen Christen in der DDR eine ganz andere Möglichkeit zu einem positiven Engagement gegeben als in Westdeutschland. Hunderttausende von Christen in unserem Staat haben die Erfahrung gemacht, daß geistliche Erneuerung nicht dem geschenkt wird, der sich in ein Ghetto zurückzieht, sondern allein dem, der sich als Christ mutig und entschlossen den Aufgaben der Zeit stellt. Junge Christen gehen ihren Kirchen auf diesem Weg immer wieder voran.

Im Jahre 1960 stellte die Jugendgruppe der Christlichen Friedenskonferenz in einer Resolution in Prag fest: „Uns bedrückt die Erkenntnis, daß die Kirche Jesu Christi noch nicht genügend beunruhigt ist von den Problemen der Welt, in der sie lebt. Ihr ist die herrliche Freiheit der Gotteskinder gegeben. Aber sie ist in Gefahr, statt in dieser Freiheit zu leben, um sich selbst besorgt zu sein oder die Sorgen der Menschheit anderen Mächten und Menschen zu überlassen. Das ist verhängnisvoll nicht nur in der Frage des Friedens, sondern auch im Blick auf Entscheidungen, zu denen die Menschheit aufgefordert ist durch die staatliche und gesellschaftliche Neuordnung der Völker in Asien, Afrika und Latein-Amerika, durch das Miteinanderleben verschiedener Rassen, durch die Aufgabe gerechter Verteilung der Nahrungsmittel und Bodenschätze in der Welt und durch die fortschreitende Technisierung vieler Lebensbereiche. Wir warnen vor dem Übergreifen des kalten Krieges auf die Kirche. Trägheit und Einfallslosigkeit sind der Kirche verboten. Sachliche Information und aktive Mitarbeit bei der Lösung dieser Fragen werden ihr zur Pflicht. Ganz besonders möchten wir allen jungen Christen sagen, daß wir es für eine unerläßliche Bestätigung des christlichen Glaubens halten, unerachtet aller trennenden Grenzen sich in solcher Mitarbeit zu engagieren.“

Bereits im Jahre 1919 hatte der Bund Deutscher Jugend in seinen sogenannten Magdeburger Sätzen die Forderung erhoben: „Wir wollen eine Jugend, die im Bewußtsein eigener Verantwortlichkeit ihr und ihres Volkes Leben selbständig zu gestalten sucht. Wir wollen eine verinnerlichte, das heißt religiös gegründete, aber weltoffene deutsche Jugendbewegung zur Erneuerung unseres Volkes sein.“

Die Erfahrungen unserer Geschichte zeigen, daß diese Forderungen christlicher Jugend nur dort Wirklichkeit werden können, wo man die Gesellschaftsordnung von Grund auf neu baut. In diesem Sinne werden in unserem ersten sozialistischen Staat der deutschen Geschichte auch die Anliegen der christlichen Jugend aufgenommen. Wenn es im Jugendgesetz heißt: „In friedlicher Arbeit will die Jugend den Reichtum unseres Volkes mehren, das Ansehen unseres Staates erhöhen ... Im Leben und Schaffen für das Glück der Gesellschaft erfüllt sich zugleich das persönliche Glück jedes jungen Bürgers unserer Republik“, dann kann der Christ dem mit ganzem Herzen zustimmen.

Die überwiegende Mehrheit der Christen, die sich in den vergangenen Monaten an der Aussprache über den Jugendgesetzentwurf beteiligten, hat deshalb in diesem Sinne positiv Stellung genommen und den Entwurf im ganzen wie auch in seinen einzelnen Aussagen begrüßt. Daß der Jugend in unserer Republik ein so positives und vorwärtsweisendes Ziel gestellt wird, wurde gerade von den Jugendlichen selbst mit Freude und Dankbarkeit aufgenommen. Auf der bereits erwähnten Jugendkonferenz der Christlich-Demokratischen Union im Dezember vorigen Jahres sagte der Assistent der Theologie, Ernst Goltzsch, aus Leipzig:

„Heute steht vor uns in einem Dokument die Frage nach dem Sinn des Lebens, nach dem Inhalt unseres Lebens, und sie wird auf eine Art behandelt, wie es bisher noch nie gesehen ist. Der Sinn unseres Lebens wird uns nicht einfach als eine fertige Konzeption, als eine fertige Meinung, als ein Rezept vorgelegt, sondern die Jugend wird aufgerufen, sich diesen Sinn des Lebens in der Arbeit und in der Verantwortung selbst zu geben. Diesen Gedanken, der im Jugendkommuniqué an erster Stelle steht und der auch im Gesetzentwurf seinen Niederschlag gefunden hat, halte ich gerade als Theologe für das Wichtigste. Gewiß, wir als Christen wissen, daß wir den Sinn unseres Lebens auch in einer transzendenten Beziehung haben, daß wir den Sinn unseres Lebens nicht nur hier in der Welt, in der Immanenz, suchen, aber wir wissen genauso, daß wir den Sinn und den Inhalt unseres Lebens auch hier suchen müssen.“

In dem gemeinsamen Suchen nach dem Sinn unseres Lebens, in der Verantwortung für die Gesellschaft, in der Verantwortung für unsere eigene Zukunft, in diesem Suchen und in diesem Weg überhaupt sehe ich für mich die größte und entscheidende Bedeutung des Kommuniqués und des Jugend-

gesetzentwurfs; denn gerade da, wo es um die Probleme des menschlichen Zusammenlebens geht, wo es um die Probleme einer menschlichen, humanistischen Zukunft geht, berühren wir uns doch so stark auch mit den Freunden, die Nichtchristen sind.“

Immer wieder ist von Christen in der Diskussion dankbar begrüßt worden, daß die Jugend zu selbständigem, verantwortlichem Denken erzogen werden soll. Pfarrer Walter Feurich aus Dresden schreibt dazu: „Gefreut habe ich mich, im Jugendgesetz lesen zu können, daß das selbständige Denken zu fördern ist und die eigene Verantwortung gestärkt werden soll. Auch daß von Begabungen und Talenten gesprochen wird, scheint mir notwendig und richtig zu sein. Ein von mir oft vorgetragenes Anliegen nimmt der Paragraph 14 Abs. 1 auf, wo es heißt: „Besondere Bedeutung gewinnt bei der Auswahl zum Studium die rasche Förderung solcher Jugendlicher, die für bestimmte Fachgebiete besonders begabt sind und außergewöhnliche Leistungen aufweisen.“ Ich halte es für unmöglich, bei dem Auswahlprinzip zu verbleiben, das von den Jugendlichen auf allen Wissensgebieten sehr gute oder zumindest recht gute Leistungen erwartete. Einen ersten Schritt in dieser Richtung bedeuteten für mich die vor einiger Zeit eingeführten Eignungsgespräche an den Universitäten und Hochschulen vor der Studienzulassung.“

„Ich begrüße es, daß uns Jugendlichen auf allen Gebieten unserer sozialistischen Wirtschaft ein Mitspracherecht eingeräumt wird“, schreibt Gerhard Gallinat, ein junger Christ aus Wolmirsleben. Zahlreiche junge Christen sind besonders dankbar, daß durch das Jugendgesetz die Berufsausbildung umfassend gefördert und daß dem Sport und der Gestaltung der Freizeit so viel Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

IV.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf einige Änderungsvorschläge und Fragen eingehen, die vor allem aus kirchlichen Kreisen gekommen sind.

All denen, die sich eine stärkere Berücksichtigung der Eltern im Jugendgesetz gewünscht haben, kann ich sagen, daß auf Grund ihrer Anregungen nun in der Präambel ausdrücklich die Dankbarkeit und Achtung gegenüber den Müttern und Vätern als wesentliches Merkmal des jungen Sozialisten und als Sache der gesamten Gesellschaft genannt werden. Der

sozialistische Staat betont, daß Schule, Elternhaus und Jugendverband gleich gewichtige Erziehungsfaktoren sind. Er fordert die Achtung vor den Leistungen älterer Menschen. Allerdings muß bedacht werden, daß das Jugendgesetz kein Familien-gesetz ist. Sein Hauptanliegen ist, die Verantwortung der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, der Betriebe und Ausbildungsstätten bei der Heranbildung und Förderung der Jugend festzulegen.

Darüber hinaus wird man sich deutlich machen müssen, daß das Elternhaus in der sozialistischen Gesellschaftsordnung einen anderen Ort hat als in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung des Konkurrenzkampfes und des Gegeneinander aller gegen alle bildete das Elternhaus so etwas wie ein Refugium, in das man sich aus der „bösen Welt“ zurückziehen konnte, in dem die Gesetze der Liebe und Ehrfurcht galten, mit denen man in der Gesellschaft nur Schiffbruch erleiden mußte. Ich habe in manchen Familien früher einen Wandspruch gesehen, der dies deutlich zum Ausdruck brachte. Er lautete: „Mag draußen die Welt ihr Wesen treiben; mein Heim soll meine Ruhstatt bleiben.“

In unserer Gesellschaftsordnung ist das Elternhaus nicht länger Refugium, sondern ein positiver gesellschaftlicher Faktor, was im Grunde bedeutet, daß der einzelne Staatsbürger nicht nur verantwortlich ist für die Erziehung seiner eigenen Kinder, sondern für die aller Jugendlichen, mit denen er in Berührung kommt. Freilich muß auch einmal gesagt werden, daß es Eltern gibt, die ihre Erziehungspflicht gegenüber ihren Kindern vernachlässigen und die im Grunde froh sind, wenn ihnen die Gesellschaft diese Verantwortung abnimmt. Das liegt aber keineswegs im Sinne des Jugendgesetzes.

Einige Eingaben aus kirchlichen Kreisen vermissen im Jugendgesetz eine ausdrückliche Erwähnung und Bestätigung der kirchlichen Unterweisung und der christlichen Erziehung. Dazu möchte ich drei Bemerkungen machen:

1. Weil in der Deutschen Demokratischen Republik Staat und Kirche voneinander getrennt sind, deswegen hat kein staatliches Gesetz die Möglichkeit, Aussagen über kirchliche Angelegenheiten zu machen. Das käme einer Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten gleich. Die grundsätzliche Glaubens- und Gewissensfreiheit wird durch unsere Verfassung garantiert. Die Aussagen jedes Gesetzes unseres Staates können sich nur in dem Rahmen bewegen, der von der Verfassung

abgesteckt ist. — Das Kirchenblatt der Evangelischen Gemeinschaft in der DDR „Friede sei mit Euch“ veröffentlichte am 29. März eine Stellungnahme zum Jugendgesetzentwurf von Pastor Joop. Darin heißt es u. a.:

„Da ja die Kirche nicht als verantwortlicher Träger für den Aufbau des Sozialismus in Frage kommt, sondern nur die sozialistische Gesellschaft mit allen ihren Menschen, kann im Entwurf von der Kirche gar nicht geredet werden. Die christliche Jugend kann kein gesondertes Jugendgesetz erhalten, weil sie eben zur Jugend der DDR gehört. Ihre Rechte sind durch die Verfassung geregelt, die jeder Kirche, also auch ihrer Jugend, den Schutz des Staates zusichert. Im Jugendgesetz wird die Jugend der DDR, ob atheistisch, ob katholisch, evangelisch oder neuapostolisch, als Ganzes verstanden. Das muß man bei der Beurteilung des Gesetzes berücksichtigen.“

Diese Jugend als Ganzes soll nach dem Gesetz zur Teilnahme und Verantwortung an der Entwicklung der Volkswirtschaft (Teil II), ja sogar bei der Leitung des Staates (Teil V) und zur allgemeinen Qualifizierung (Befähigung, Eignung) herangezogen und gebildet werden. Ich wüßte nicht, welcher junge Mensch sich solcher Initiative widersetzen sollte, der evangelische etwa?“

2. Pastor Joop hat in diesen Sätzen auf eines der Grundprinzipien des Jugendgesetzes aufmerksam gemacht: auf die Tatsache, daß es die Einheitlichkeit der Jugend unserer Republik betont. Im Blick auf die Zersplitterung der deutschen Jugend in der Vergangenheit halte ich das für einen großen Vorzug. Die Aufgaben, vor denen unsere Jugend in der Zukunft steht, sind so umfassend, daß sie nur durch die Gemeinsamkeit aller Kräfte gelöst werden können.

Im übrigen sollten wir sehen, daß damit gerade auch den christlichen Jugendlichen ein großes Vertrauen entgegengebracht wird. Wenn das Jugendkommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter dem Motto steht: „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“, dann gilt das nicht nur den jungen Marxisten, dann gilt das in gleicher Weise jedem christlichen Jungen und Mädchen in unserer Republik. Gerade deshalb sollten wir alles tun, um dieses Vertrauen, das in uns Christen gesetzt wird, zu rechtfertigen.

3. Die Theologen sprechen mit Recht davon, daß das, was wir unter „christlicher Erziehung“ verstehen, nicht verglichen werden kann mit allgemeiner menschlicher Erziehung, weil

es sich auf einer ganz anderen Ebene vollzieht. Junge Menschen können nicht in der gleichen Weise zu guten Christen erzogen werden, wie sie zu guten Mathematikern, zu guten Kraftfahrern oder auch zu guten Staatsbürgern erzogen werden. Letztlich wird man zum Christen nicht erzogen, weil Christsein keine im Menschen begründete Möglichkeit ist.

Wenn man dies alles weiß, wie kann man dann nach einer juristischen Fixierung der christlichen Erziehung im Jugendgesetz verlangen!

Ausgangspunkt für kritische Anfragen war zuweilen auch der Paragraph 9 des Jugendgesetzentwurfes, in dem die örtlichen Volksvertretungen und die Patenbetriebe verpflichtet werden, die Jugendweihe zu unterstützen. Eine solche Forderung ändert nichts am Charakter der Jugendweihe. Professor Gerhart Eisler hat in der „Jungen Welt“ vom 11./12. Januar 1964 noch einmal deutlich erklärt: „Die Teilnahme eines Jugendlichen an der Jugendweihe ist und bleibt freiwillig, und niemand kann und wird gezwungen, an der Jugendweihe teilzunehmen!“ Professor Eisler fügt dem einen wichtigen Satz hinzu, wenn er noch einmal feststellt: „Von keinem Jugendlichen, der an der Jugendweihe teilnimmt, wird verlangt, daß er ein Atheist sei.“

Dieser Satz macht noch einmal deutlich, daß die Jugendweihe in ihrem eigenen Selbstverständnis eben nicht – wie das gewisse kirchliche Kreise auch heute noch behaupten – einem Bekenntnis zum Atheismus gleichkommt. Der Text des Jugendgesetzes definiert die Zielsetzung der Jugendweihe eindeutig mit den Worten: „Die Jugendweihe ist ein fester Bestandteil der Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben und die Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft.“ Das Gelöbnis der Jugendweiheteilnehmer stellt eine Willenserklärung der jungen Menschen dar, als gute Bürger der DDR für den umfassenden Aufbau des Sozialismus, für Völkerfreundschaft und die Sicherung des Weltfriedens einzutreten.

Bei der Aussprache über den Gesetzentwurf gab es auch Diskussionen über die ursprünglich darin vorgesehene Formulierung „überlebte Gewohnheiten“, und in einer Reihe von Eingaben ist eine präzisere Bezeichnung dieses Begriffs gewünscht worden. Auch diesen Forderungen wurde bei der Überarbeitung der Gesetzesvorlage entsprochen. Im neuen Text des Gesetzes werden die Volksvertretungen und ihre Organe, die Leiter der Betriebe und Vorstände der Genossenschaften, die Lehrkräfte und Erzieher im Interesse der Per-

sönlichkeitsentwicklung jedes jungen Menschen verpflichtet, gemeinsam mit den Eltern und den Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen die Jugend zum aktiven Kampf gegen die imperialistische Ideologie zu befähigen. Des weiteren wird dort erklärt, daß es die Pflicht aller Staats- und Wirtschaftsorgane, gesellschaftlichen Organisationen und Bürger der DDR ist, die Jugend bei der Überwindung alter überlebter kapitalistischer Gewohnheiten zu unterstützen.

Von unserem Selbstverständnis des christlichen Glaubens her und im Lichte der eigenen Erfahrungen, die wir Christen in unserer praktischen Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus sammeln konnten, scheint mir klar zu sein, daß der recht verstandene christliche Glaube und die im Dienst am Frieden und am Nächsten praktizierte christliche Ethik weder mit einer imperialistischen Ideologie noch mit alten, überlebten kapitalistischen Gewohnheiten gleichzusetzen ist. Im Gegenteil finde ich es verwunderlich, daß im Blick auf die ursprüngliche Formulierung manche Christen in ängstlicher Besorgnis die Frage stellen, ob der christliche Glaube zu den überlebten Gewohnheiten zu zählen sei. Unsere marxistischen Freunde haben vom christlichen Glauben in seinen gesellschaftlichen Bezügen offenbar eine höhere Meinung und ein größeres Zutrauen zu den politisch-moralischen Potenzen, die ein recht gelebtes Christentum zu entbinden vermag.

So erklärte bekanntlich der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in dem bekannten Gespräch mit Professor D. Emil Fuchs und anderen Theologen am 9. Februar 1961 ausdrücklich: „Ich möchte weder die christliche Lehre noch die christlichen Kirchen in einen Topf mit dem Kapitalismus und Imperialismus werfen. Deswegen spreche ich ausdrücklich von imperialistischen Ideologien, obwohl bekannt ist, daß die Kirchenführungen schwere Schuld auf sich geladen haben, indem sie sich sehr lange Zeit vom Kapitalismus und Imperialismus mißbrauchen ließen und besonders jetzt in Westdeutschland noch immer mißbrauchen lassen.“

Schließlich kann man von einem Gesetzestext nicht verlangen, was Christen nur selbst durch ihr Leben und Handeln unter Beweis stellen können: deutlich zu machen, daß das Christsein nicht eine überlebte, sondern eine ganz gegenwärtige und aktuelle Sache ist. Allerdings verbinden zahlreiche Christen ihren Glauben leider auch heute noch mit überholten Ansichten und Verhaltensweisen. Wenn wir von anderen daraufhin angesprochen werden, dann sollte dies von uns als Herausforderung verstanden werden, uns als Christen ganz in

die Gegenwart zu stellen. Wie könnten wir das besser als in der tätigen Anteilnahme an all dem, was die Menschen heute im Ringen um eine glückliche, menschenwürdige Zukunft bewegt?

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal Pastor Joop zitieren. Er schreibt zum gleichen Problem: „Hier fühlt sich nun die Kirche angegriffen. Unter ‚überlebte Gewohnheiten‘ sei doch die Kirche gemeint, so sagt man. Aber macht die Kirche nicht einen Fehler? Hält sie sich denn für überlebt? Es mag Heißsporne geben, die der Meinung sind, – die Verantwortlichen des Staates aber rechnen mit der Kirche als religiösen Fakt. Sie ist in der DDR, wie in allen anderen sozialistischen Ländern, als solche geschützt.

Wenn das Gesetz unter ‚imperialistischen Ideologien und überlebten Gewohnheiten‘ die Kirche meinte, dann wäre der § 29 eine Aufforderung zum offenen Kampf gegen die Kirche. Halten Sie es für möglich, daß die DDR ein Gesetz zum Kampf gegen die Kirche erläßt? – Das wäre denkbar, wenn die Kirche selbst imperialistischen (kaiserlichen, kapitalistischen, kriegspropagandistischen) Ideologien huldigte und ihre Jugend in diesem Sinne beeinflußte. Es wäre aber unverantwortlich, wenn eine Kirche das Bekenntnis in diesem Sinne mißbrauchte, so daß sie ein Sammelbecken imperialistischer Elemente würde. Eine Kirche, die das nicht ist, hat den Jugendsgesetzentwurf nicht zu fürchten, denn von Weltanschauung ist in dem Gesetz keine Rede. Eine lebendige Kirche, in der der Geist Gottes wirkt, ist nicht eine ‚überlebte Gewohnheit‘, sondern kann sich als fruchtbringend für Volk und Staat auswirken. Nur eine Kirche, die, wie die Gemeinde Sardes, nur ‚den Namen hat, daß sie lebt, sonst aber tot ist‘ (Offb. 3, 1), gehört zu überlebten Gewohnheiten. Eine solche Kirche hat keine Bedeutung mehr. Sorgen wir darum zuerst dafür, daß unsere Kirche eine bevollmächtigte, dem Volk dienende Kirche ist, bevor wir Eingaben und Proteste an den Staat einreichen. Einer toten Kirche nutzen die Proteste gar nichts.“

Es liegt vor allem im Interesse der jungen Christen, sich nicht auf die überholten Standpunkte früherer Generationen festlegen zu lassen. Die 200 jungen Christen, die an der Konferenz in Weimar teilnahmen, machten mit ihren ebenso offenen wie erfrischenden Diskussionsbeiträgen deutlich, daß sie in der Gegenwart des Sozialismus leben, daß die neue gesellschaftliche Wirklichkeit in unserem Staat für sie nicht mehr in Frage steht, sondern daß diese Wirklichkeit die Voraussetzung all ihres Denkens und Handelns darstellt.

Die Zukunft des Sozialismus wird nicht nur von den jungen Marxisten, sie wird ebenso sehr von den jungen Christen gestaltet. Diese Zukunft fällt der Jugend nicht in den Schoß. Sie wird ihr all das bringen, was sie selbst daraus zu machen imstande ist.

Es gibt in unserem gesellschaftlichen Leben einen Faktor, der die beste Garantie dafür darstellt, daß die großen Aufgaben der Zukunft von der Jugend bewältigt werden. Das ist die feste und unverbrüchliche Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, das ist die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Marxisten und Christen, die zu einem festen Bestandteil der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung geworden sind.

Die Wurzeln dieser Gemeinsamkeit reichen zurück bis in die Zeit des Kampfes gegen den Faschismus. Nicht nur junge Arbeiter, sondern auch junge Christen, wie Hans und Sophie Scholl, standen damals gemeinsam im Kampf gegen die nazistische Barbarei. Nach 1945 wurde diese Gemeinsamkeit in der Freien Deutschen Jugend fortgeführt. Drei Tage vor dem 15. Jahrestag der FDJ, am 4. März 1961, führten junge Christen in Berlin ein Rundtischgespräch mit dem 1. Sekretär des Zentralrates, Horst Schumann. Zum Schluß des Gespräches unterstrich Horst Schumann noch einmal die Gemeinsamkeit von Christen und Nichtchristen in der FDJ, als er sagte:

„In dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern haben wir ja den besten Beweis dafür, daß der Sozialismus und die humanistischen Ziele des Christentums keine Gegensätze darstellen. Alle diese Freunde sind von der FDJ erzogen worden und sind doch Christen geblieben. Wie groß ist die Kraft der Gemeinsamkeit, die heute verwirklicht, was die Menschheit seit Jahrtausenden erträumte: eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Ein Erlebnis möchte ich zum Abschluß noch erzählen. Als Otto Nuschke, den wir alle sehr verehrten und dessen Arbeit und Vermächtnis wir hoch einschätzen, starb, da war ich gerade in Moskau. Da sprach mich ein alter Sowjetbürger, Mitglied der Kommunistischen Partei, der mich an meiner Sprache als Deutschen erkannt hatte, auf der Straße an, um mir sein tiefstes Beileid zum Ableben von Otto Nuschke zu sagen.

Daß in unserer Republik ein Volk heranwächst, das auch im Ausland Achtung und Anerkennung genießt, ein Volk, das andere Völker achtet und sich zutiefst mit ihnen verbunden

fühlt, ein Volk, das den Frieden sichert und ihm eine Heimstatt auf Erden zu schaffen bestrebt ist, daran haben Sie alle mitgewirkt. Welch ein Haus haben wir uns gebaut, Welch ein gutes Haus und Welch ein schönes! Weder die Marxisten allein noch die Christen allein haben es geschafft; gemeinsam haben wir es gebaut. Und diese Gemeinsamkeit wollen wir erkennen, pflegen und zukünftig zum Nutzen unseres Volkes noch stärker gestalten.“

Am 5. Mai wird die endgültige Fassung des Jugendgesetzes der DDR den Abgeordneten unserer Volkskammer zur Beratung und Verabschiedung vorliegen. Kurz darauf, in den Pfingsttagen dieses Jahres, wird die Jugend der DDR beim Deutschlandtreffen in der Hauptstadt unserer Republik ihren westdeutschen und Westberliner Freunden mit Stolz und Freude davon berichten können, wie unser Arbeiter- und Bauern-Staat sich um die Jugend sorgt, wie er ihr Vertrauen entgegenbringt und Verantwortung überträgt, ja, wie die Jugend selbst sich in gemeinsamer Arbeit mit den Angehörigen der älteren Generation alle Voraussetzungen dafür schafft, daß sie dereinst ihrer großen gesellschaftlichen Verpflichtung als Hausherr des künftigen sozialistischen Deutschland nachkommen kann, und wie sie heute schon mit ständig wachsenden Erfolgen in diese verantwortungsvolle Rolle hineinwächst.

Das neue Jugendgesetz stellt mit Recht fest: „Noch nie stand eine junge Generation in Deutschland vor einer so begeisterten, aber auch verpflichtenden Aufgabe. Das verlangt von jedem Jugendlichen ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubens, daß er ehrlich arbeitet und sich ausgezeichnete Fachkenntnis aneignet, charakterliche Stärke und Kampfesmut erwirbt.“ In diesem Sinne wollen wir alle gemeinsam darangehen, das neue Gesetz mit Leben zu erfüllen, es mit Tatkraft und Begeisterung in die Wirklichkeit umzusetzen – zum Segen für unser ganzes Volk und seine friedliche Zukunft.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- X 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/82 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns

- X 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- X 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt – Die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- X X 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. H.-H. Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus

Verkaufspreis 0,50 DM